

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Fringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—, erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 35 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 35 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insere werden die 6spaltigen Petitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 284.

Dresden, Montag den 8. Dezember 1913.

24. Jahrg.

Angst vor der Courage.

Die Aktion der „Mißverständenen“. — Das Zurückweichen der Mittelparteien. — Der Protest der Waffen.

Was dem wirren Durcheinander der letzten Tage haben wir die Reichskanzler und seine Leute, bemühen sich um geringfügiges und nur scheinbares Entgegenkommen die „Mißverständenen“ zu beruhigen, im wesentlichen aber alle ihre Kräfte der militärischen Ueberhebung festzuhalten. Derzeit zeigt sich bei den Mittelparteien, dem Zentrum und den Nationalliberalen, wachsende Neigung, von der entschiedeneren Haltung, die sie in den Stunden der Erregung eingenommen haben, allgemach wieder den Uebergang zu einer „ruhigen Auffassung der Situation“ und zur Ausweitung mit dem Regiment Bethmann-Hollweg zu finden. Wir sind nicht erstaunt über diesen Verlauf der großen Krise, die aus den Vorgängen von Jäbern hervorgeht, durch das überdrehte Auftreten des Kriegsministers v. Falkenhayn am vorigen Mittwoch im Reichstage den Höhepunkt erreichte. Den bürgerlichen Mittelparteien fehlt die Tatkraft, die denkbar größte Gelassenheit zu haben, um endlich in den notwendigen Verfassungszustände des Reiches etwas Ordnung zu bringen, um aus dem Mißtrauensvotum, das dem Reichskanzler erteilt haben, die unbedingt nötigen wirtschaftlichen Schlüsse zu ziehen und dem Regiment der militärischen Ueberhebungen ein Ende zu bereiten.

Die sogenannte Reichsregierung bietet ein unerträgliches Bild. Der deutsche Kriegsminister hält am Mittwoch die Rede, die als die uneingeschränkte Etablierung der Willkür über die Zivilgewalt und über Gesetz und Recht aufgefaßt werden mußte. Der Reichskanzler stellte sich ebenfalls auf die militärische Seite und beschönigte alle Maßnahmen der Jäbener Fortschrittler und Reuter. Am Donnerstag erklärt der Reichskanzler, so schlimm sei es nicht gemeint gewesen, er erklärt aber zugleich von neuem ein solches Einverständnis mit dem Kriegsminister, der durch Zurückweichen auf seinen dreifachen Herausforderungen vom vorhergehenden Tage beharrte. Am Freitag läßt der Unterstaatssekretär Wahnshaffe, des Reichskanzlers nächster Gehilfe, bei den Parteiführern herum in der Bitte um gut Wetter: der Kanzler sei nicht gut disponiert gewesen und habe die wichtigsten Maßnahmen, die der Kaiser angeordnet habe, anzustellen vergessen. Am Sonnabend wird offiziell widerholt, daß Wahnshaffe in dieser Weise geredet habe, und es erscheint eine neue Darstellung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, in der im wesentlichen wiederholt wird, was der Reichskanzler schon in seinen beiden Reden gesagt hatte. Dazwischen erfolgt die Kundgebung von Donauwörth, von der niemand sagen kann, ob sie auch nur ein geringes Abweichen von den militärischen Uebergriffen bedeuten kann, oder ob sie nur durch den Schein eines Entgegenkommens die Erregung der deutschen Öffentlichkeit für den Augenblick zu dämpfen soll, damit danach wieder alles beim alten gelassen werden kann. Dann verläßt das Regiment Jäbern — man weiß nicht, ob mehr zur Strafe für die Geistesverletzungen des Kommandeurs oder zur Strafe für die Einwirkung der Angst, die wirtschaftliche Schädigungen erleiden. Man erfährt, daß der Leutnant v. Forstner, was der Kriegsminister zuerst als „Gründen der Disziplin“ mitzuteilen sich hartnäckig weigerte, mit Arrest bestraft worden ist, aber es wird wieder behauptet, wie hoch die Arreststrafe ist, die dem dem Jüngling zuerkannt wurde. Man erfährt ferner, daß der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Graf Wedel, von den Anforderungen des Kaisers befriedigt, die Abtätigkeit sein Amt niederzulegen, aufgegeben habe. Und der Reichskanzler hat, beladen mit dem Mißtrauensvotum der 1/2-Wehrheit des Reichstags, aber geeignet mit einer Vertrauens- und Kundgebung seines kaiserlichen Herrn, soll, mit seinem Kriegsminister, am Dienstag vor dem Reichstag treten, um über die auswärtige Politik des Reiches Bericht zu halten!

Das alles zeigt unübertrefflich die Verwirrenheit unserer Verfassungszustände. Aus all diesen Wirrnissen, diesen Unklarheiten und Unschärflichkeiten, diesen Widersprüchen und Unrichtigkeiten, kann nur eine schlichte, ehrliche Politik hervorgehen. Es ist klar, daß die Regierungsmänner das deutsche Volk und den Reichstag zum Narren halten wollen. Es soll im Grunde überhaupt nichts von den militärischen Ueberhebungen gesagt werden. Vielleicht wird man sich entschließen, nicht nur die armen Rekruten mit harter Strafe zu belassen, sondern auch den Leutnant und den Oberst von Jäbern ein wenig zu mahnen. Das System der Ueberhebungen aber soll unangefastet erhalten bleiben, der Reichskanzler und der Kriegsminister, die dieses System vertheidigten, sollen weiter an der Spitze der Regierung stehen. Das will man dem Reichstag bieten, dem deutschen Volke zumuten.

Belägen die bürgerlichen Mittelparteien nur ein geringes Mißtrauen für parlamentarische Würde, um von demokratischer Tätigkeit ganz zu schweigen, so müßten sie diesem Spiel, das die Regierung verübt, ein schnelles Ende setzen. Es zeigt sich jedoch umgekehrt, daß die Angst vor der Courage,

in diesen Parteien haust. Die Proteststimmen des Zentrums und der Nationalliberalen zeigen schon an, daß man bereit ist, seinen Frieden mit Bethmann nicht nur, sondern auch mit Falkenhayn zu machen. Man bettelt nur noch, daß die Regierung zu ihrem bisherigen angeblichen Entgegenkommen noch einige kleine Zugaben hinzulegen möge, dann könne alles wieder gut werden. Zentrum und Nationalliberalen haben dem Reichskanzler Mißbilligung und Mißtrauen votiert, schon scheinen sie aber nicht mehr fern von der Stunde, wo sie erklären, es sei nur eine kleine Meinungsabweichung gewesen und diese sei nun wieder überbrückt.

So wird sich an die üble Rolle, die sich die Regierung überliefert hat, die nicht minder üble und lächerliche Rolle von Parteien reihen, die einmal wie aus Versehen einigen Mut gegen das militärische Regiment aufbrachten, die jedoch vor den notwendigen Schlussfolgerungen angstvoll zurückbeugen und den sanften Frieden mit den Bethmannern, den Falkenhayn und den Fortschrittler heiß ersehnen.

Aber im Lande draußen will das deutsche Volk vom saulen Frieden nichts wissen. Eine kräftige Protestbewegung hat eingesetzt. Alle freiheitlichen Kreise des deutschen Volkes sind überzeugt, daß der Fall Jäbern nicht etwa mit der Opferung eines kleinen Leutnants erledigt werden kann, daß vielmehr die große Frage ausgemacht werden muß, ob die Regierung des Reiches geführt werden soll nach dem Willen des kaiserlichen Militärkabinetts oder nach dem Willen des Reichstages und des Volkes.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird Sorge tragen, daß die am Dienstag fortgehende Staatsberatung sich nicht in Kleinlichkeiten und Nebenächlichkeiten verläuft, sondern dem Ernst der Stunde entspricht. Der Kampf gilt dem ganzen absolutistischen Regierungssystem, dem ganzen junkerlichen Militärjargon!

Die offizielle Beruhigungsnote.

Die vom Unterstaatssekretär Wahnshaffe angekündigte offizielle Erklärung, die mittlerweile in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung erschienen ist, nimmt sich wie das vertorene Konzept zu der Rede Bethmanns aus, die er als Antwort auf die Interpellationen habe halten wollen. Chronologisch werden die Jäbener Ereignisse noch einmal angeführt — natürlich immer möglichst günstig für das Militär gefärbt — und dann wird aufgeführt, was bis zu der Interpellation schon geschehen sei, um die durch das Militär gestörte Ordnung in Jäbern wieder herzustellen.

Aus Straßburg ergeben hierüber (über die Massenerwartungen am 28. November) sofort vom Statthalter und vom kommandierenden General Meldungen an den Kaiser. Als die Vorgänge in Berlin bekannt werden, erhält der Reichskanzler alsbald dem Kaiser Bericht und verabredet mit dem Kriegsminister, daß dieser sich nach Donauwörth begibt. Auf Vorschlag des Reichskanzlers und des Kriegsministers empfiehlt Seine Majestät, daß unverzüglich aus Straßburg ein General nach Jäbern entsandt wird, um dem Auftrag, für die Wiederherstellung geordneter Zustände, des gehörigen Kontakts mit den Zivilbehörden und des guten Einverständnisses mit der Bevölkerung zu sorgen. Gleichzeitig ergehen vom Kaiser Befehle an den Statthalter und den kommandierenden General, daß sie für das Handhabung der Zivil- und Militärbehörden zu sorgen hätten. Dem kommandierenden General gibt Seine Majestät auf, darüber zu machen, daß das Militär unbedingt innerhalb der gesetzlichen Grenzen bleibe. Der Kaiser verlangt ferner von dem nach Jäbern entsandten General genaue Berichte unter Vorbehalt seiner weiteren Entscheidungen. Der Statthalter entsendet zur Ausführung des Sachverhalts einen Beamten des Ministeriums nach Jäbern. Die erforderlichen Untersuchungen werden von den Zivil- und Militärbehörden vorgenommen.

Die parlamentarischen Vorgänge sind noch in der Erinnerung. Am 1. Dezember erklärte der Reichskanzler in einer vorläufigen Mitteilung, daß die Autorität der Gesetze ebenso geschützt werde wie die öffentliche Ordnung und die Autorität der öffentlichen Gewalt. Am 2. und 3. Dezember gibt es eine Darstellung der Ereignisse und der ergriffenen Maßnahmen, wobei er keinen Zweifel läßt, daß er das militärische Vorgehen von der Räumung des Schloßplatzes an nicht mehr für geeignet halte, daß das vergangene Vorgehen seine Sühne finden müsse. Da inzwischen noch einige Verhaftungen durch Militärpatrouillen stattgefunden haben, befehlet der Kaiser dem Statthalter, dem kommandierenden General, dem Reichskanzler, der sich schon zuvor zum persönlichen Bericht angemeldet hatte, zum Vortrag. Das höchste Ergebnis der Besprechungen in Donauwörthingen ist der Befehl Seine Majestät, die Garnison von Jäbern bis auf weiteres nach einem Truppenübungsplatz zu verlegen und die schwebenden kriegsgerichtlichen Verfahren mit Beschleunigung zu Ende zu führen. Mit dieser durchgeführten Maßregel wird jede Gelegenheit zu weiteren Reibungen zwischen dem Militär und der Bevölkerung in Jäbern beseitigt. Weitere Entscheidungen können erst nach Abschluß des kriegsgerichtlichen Verfahrens getroffen werden.

Verdammungswörter.

Die amtliche Straßburger Korrespondenz veröffentlicht folgende Erklärung:

„Wie bereits gemeldet, ist das zweite Oberheinische Infanterie-Regiment Nr. 99, soweit es seinen Standort in

In zahlreichen Städten fanden massenhaft besetzte Protestversammlungen gegen die Uebergriffe des Militarismus statt.

Der Kaiser soll für den Reichskanzler eine besondere Vertrauenskundgebung beabsichtigen. Zwischen dem Reichskanzler und dem Statthalter Grafen Wedel ist Einverständnis hergestellt.

Es verlautet, daß das 99. Infanterieregiment nach Kassel oder St. Arnob verlegt werden soll. Jäbern soll ein anderes Regiment aus Straßburg erhalten.

Bei einem Grubenbrande der Emmagrube in Admit wurden sechzehn Tote geborgen. Ein Bergmann starb während des Transports zum Lazarett.

Der Zentralkomitee der Fortschrittlichen Volkspartei sprach sich gegen jede Verschärfung der Befehle zum Schutze der Arbeitswilligen aus.

Aus Amerika werden Schneefälle gemeldet, die Städte, Dörfer und Flüsse einschneiten.

Jäbern hatte, nach dem Truppenübungsplatz von Wittich und Hagenu verlegt worden. Diese Verlegung wurde verfügt, um die Möglichkeit weiterer Reibereien zu beseitigen und um Ruhe und Frieden in der Stadt Jäbern wieder herzustellen. Weitere Maßnahmen, die geeignet sind, der allgemeinen Erregung ein Ende zu machen, sind bereits beschlossen. Ihre Ausführung wird erfolgen nach Abschluß des zurzeit anhängigen militärischen Gerichtsverfahrens, in dem die Verantwortung für die Vorfälle am 28. November und an den darauf folgenden Tagen festgestellt werden wird und vorgekommene Gesetzwidrigkeiten ihre Sühne finden sollen. Das Verfahren wird so rasch als möglich durchgeführt werden.

Der Statthalter hat ferner durch kaiserliche Willensäußerung feste Gewähr dafür erhalten, daß die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten künftighin allgemein strengere Beachtung finden werden.

Wie weiter gemeldet wird, denkt jetzt weder der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Graf Wedel, noch sein Unterstaatssekretär Jörn v. Wulach an den Rücktritt von ihren Ämtern. Die Herren sind durch vom Kaiser getroffene Anordnungen vollumfänglich beruhigt und befriedigt.

Die Tägliche Rundschau meldet: „Eine Vertrauenskundgebung des Kaisers für den Reichskanzler ist in Donauwörthingen erfolgt. Der Kaiser hat den Reichskanzler ausdrücklich seines vollen Vertrauens versichert und in unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß in der nächsten Zeit ein kaiserlicher Willensakt erfolgen wird, der das kaiserliche Vertrauen für den Kanzler in aller Öffentlichkeit ausdrückt. Der Reichskanzler dürfte in seiner Staatsrede am Dienstag nochmals auf die Vorfälle in Jäbern zurückkommen und dem Reichstag weitere Mitteilungen über die Unterredung in Donauwörthingen machen.“

Die Statthalterkrisis in Elsaß-Lothringen, die nach der ersten Reichstagsrede des Reichskanzlers unmittelbar vor dem Ausbruch stand, ist durch das Ergebnis der Besprechungen in Donauwörthingen vollständig beigelegt. Nach der Audienz beim Kaiser hat eine Aussprache zwischen Kanzler und Statthalter stattgefunden, die ein für beide Teile durchaus befriedigendes Ergebnis gehabt hat.“

Der Abmarsch des Regiments.

Aus Jäbern wird vom 6. Dezember berichtet: Der Abmarsch des Infanterie-Regiments Nr. 99 nach den Übungsplätzen von Hagenu und Wittich hat heute nachmittag bei schlechtem Wetter stattgefunden. Das Regiment zog kompanieweise nach dem Bahnhof, die Fahnenkompanie mit der Wulst an der Spitze führte Leutnant Schadt, Oberst v. Reutter war nicht an der Spitze des Regiments. Er begab sich von seiner Wohnung direkt nach dem Bahnhof. Die Abfahrt erfolgte um 3 Uhr. Leutnant v. Forstner, der krank sein soll, ist gleichfalls abgereist.

Straßburg, 7. Dezember. In hiesigen Offizierskreisen verlautet, daß das Infanterie-Regiment Nr. 99 nicht mehr nach Jäbern zurückkehrt, vielmehr nach Kassel in Garnison kommt. Nach Jäbern soll ein Straßburger Regiment kommen. Diese Änderungen sollen aber erst nach Abschluß der Untersuchung und Erledigung der ganzen Affäre eintreten. Vom Generalkommando war Genaueres nicht zu erfahren.

Milde Stimmung in der Presse.

Die Germania schreibt u. a.: „Auch über den Oberst Reutter und über den kommandierenden General v. Deimling wird offiziell nichts berichtet. Es heißt nur: Die schwebenden kriegsgerichtlichen Verfahren werden mit Beschleunigung zu Ende geführt.“ Welche kriegsgerichtlichen Verfahren sind damit gemeint? In dieser allgemeinen unbestimmten Fassung ist das Telegramm aus Donauwörthingen wirklich nicht geeignet, im deutschen Volke volle Beruhigung herbeizuführen. Wir hoffen, daß der Reichskanzler bei seinem nächsten Erscheinen im Reichstage, das ja für Dienstag zu erwarten steht, in der Lage sein wird, befriedigendere Erklärungen abzugeben, darunter auch die Mitteilung, die uns von einer anderen Seite zugeht, daß der Oberst Reutter einwillen aus seinem Amte entlassen ist. Das wäre, wenn ein Definitivum daraus würde, wenigstens ein Erfolg, der der Stimmung im deutschen Volke entspricht.“

Selbst die fortschrittliche Volkspartei Zeitung ist sehr milde gestimmt: